

V2601 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Integrale Sicherheitspolitik auf Gemeindeebene"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

In seinen Ausführungen vom 3. April 2024 zum Postulat V2131 „Zeitverzugsloses Überarbeiten von Einsatzdossiers und Treffen von ergänzenden Massnahmen zum Bewältigen von Katastrophen und Notlagen“ der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, welches am 25. April 2022 vom Parlament erheblich erklärt wurde, nennt der Gemeinderat Naturkatastrophen als direkteste Bedrohung für Bevölkerung und Wirtschaft.

Klimawandel und damit verbunden Naturkatastrophen sind zwar weiterhin ein zentrales Thema. Insbesondere die seit Januar 2025 amtierende US-Regierung mit ihrer erratischen und disruptiven Neuausrichtung in Aussen-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik stellt die bisherige globale Sicherheitsarchitektur – und damit auch die europäische Sicherheit – jedoch grundlegend infrage. Eine Entspannung ist nicht in Sicht; die Folgen treffen die Schweiz und somit auch Köniz direkt (vgl. dazu auch den «Bericht der Studienkommission Sicherheit» von August 2024¹ sowie den Vernehmlassungsentwurf vom 12. Dezember 2025 der Schweizerischen Eidgenossenschaft «Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026»²). Diese Entwicklungen führen in der Bevölkerung zu wachsender Besorgnis – insbesondere hinsichtlich der Fähigkeit der Institutionen, Sicherheit und Schutz auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Das Schaffen von Sicherheit ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Gemeinden müssen sich stufengerecht und proaktiv auf die sich dynamisch verändernde Sicherheitslage einstellen und in ihren Handlungs- und Verantwortungsbereichen Vorsorge treffen. Damit können sie Vertrauen in die Institutionen schaffen und der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit geben.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass sich Köniz angesichts der oben beschriebenen, verschärften Sicherheitslage proaktiv und über die bisherigen Massnahmen hinaus auf die neuen Risiken einstellen muss?
Falls nein: Welche konkreten Punkte der zitierten Analysen (Studienkommission 2024, Strategie 2026) bewertet er anders – und auf welchen eigenen Abklärungen, Überlegungen oder Expertenmeinungen basiert diese Einschätzung?
2. Wo sieht der Gemeinderat im Lichte der aktuellen Lage die dringlichsten und schwerwiegendsten Sicherheitsrisiken für Köniz – und welche konkreten Massnahmen schlägt er vor, um diese in seinem Verantwortungsbereich zeitnah zu minimieren?
3. Sind die finanziellen, personellen und organisatorischen Mittel vorhanden, um die in Frage 2 identifizierten Risiken zeitnah und nachhaltig zu minimieren?
Falls nein: Wo bestehen konkrete Lücken und was müsste unternommen werden, um diese zu schliessen?
4. Erhält die Gemeinde von den zuständigen kantonalen Behörden zeitgerecht ausreichende Unterstützung, um ihre sicherheitspolitischen Aufgaben im aktuellen Umfeld umfassend wahrzunehmen?
Falls nein: Weshalb nicht und in welchen Bereichen besteht verbesserter Unterstützungsbedarf und in welcher Art und Weise würde dieser benötigt?

¹https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/89334.pdf?trk=public_post_comment-text

² <https://www.sepos.admin.ch/de/sicherheitspolitische-strategie>

Eingereicht

09.01.2026

Unterschrieben von 11 Parlamentsmitgliedern

Roland Akeret, Toni Eder, Sladjan Petrovic, Arlette Münger, Katja Streiff, Andreas Hauser, Katrin Aeschbacher, David Müller, Fabienne Marti Locher, Lukas Erni, Christina Aebischer

Antwort des Gemeinderates

1. Frage 1: Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass sich Köniz angesichts der oben beschriebenen, verschärften Sicherheitslage proaktiv und über die bisherigen Massnahmen hinaus auf die neuen Risiken einstellen muss?

Falls nein: Welche konkreten Punkte der zitierten Analysen (Studienkommission 2024, Strategie 2026) bewertet er anders – und auf welchen eigenen Abklärungen, Überlegungen oder Expertenmeinungen basiert diese Einschätzung?

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass sich die sicherheitspolitische Lage — insbesondere aufgrund der aktuellen geopolitischen Entwicklungen wie dem Russland-Ukraine-Krieg, der zunehmenden globalen Machtkonfrontation sowie strukturellen Veränderungen im internationalen Sicherheitsgefüge — deutlich verschlechtert hat. Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 des Bundes – erarbeitet durch das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik SEPOS – macht deutlich, dass die Schweiz heute mit einem breiten Spektrum von Risiken konfrontiert ist, die von klassischen militärischen Gefahren über hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe, Desinformation und Spionage bis hin zu Herausforderungen für die innere Sicherheit und kritische Infrastrukturen reichen. Diese Risiken können auch auf kommunale Ebene direkte oder indirekte Auswirkungen haben.

Der Gemeinderat erachtet es als sinnvoll, die bestehenden Vorsorge- und Schutzmassnahmen regelmässig zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Gleichzeitig betont er, dass die Umsetzung von Schutz- und Vorsorgemassnahmen im kommunalen Rahmen dort erfolgt, wo es gesetzlich vorgesehen und sachlogisch sinnvoll ist, und dass viele sicherheitsrelevante Aufgaben in erster Linie beim Bund und Kantonen liegen und dort strategisch gesteuert werden.

Die Gemeinde trägt insbesondere Verantwortung für:

- **Kommunaler Bevölkerungsschutz:** Umsetzung und Weiterentwicklung der lokalen Notfallplanung, Alarmierungssysteme und Evakuationskonzepte, um die Bevölkerung in Krisen gut zu informieren und zu schützen. Instandhaltung der Zivilschutzanlagen.
- **Schutz kritischer kommunaler Infrastruktur:** Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von Einrichtungen im kommunalen Bereich (z. B. Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Verwaltungs-IT und Notfallkommunikationssysteme).
- **Lokale Krisenorganisation:** Koordination mit der Feuerwehr, dem Zivilschutz, der Kantonspolizei und anderen lokalen Organisationen für den Fall eines Ereignisses auf Gemeindeebene.
- **Sensibilisierung und Information:** Aufklärung der Bevölkerung über Vorsorgemassnahmen, Verhalten im Notfall, Sammelplätze und freiwillige Vorbereitung (z. B. Notvorräte, persönliche Vorsorge).
- **Prävention und Integration:** Investition in gut gestaltete, gepflegte Begegnungsorte zur Vorbeugung von Kriminalität; Schaffung einer Anlaufstelle für Migrant:innen als Beitrag zur sozialen Sicherheit und zur Vorbeugung von Konflikten
- **Raumentwicklung:** Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und die Chancen für eine konfliktarme Entwicklung werden betont, was langfristige Sicherheitsaspekte berücksichtigt.

Diese Aufgaben fallen klar in den Bereich der kommunalen Zuständigkeit und sind für den Schutz der Bevölkerung in lokalen Krisensituationen relevant, resp. helfen, Krisen vorzubeugen.

Die übergeordneten sicherheitsrelevanten Aufgaben, die im Bericht der Studienkommission Sicherheitspolitik und im Vernehmlassungsentwurf "Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026" festgehalten werden, liegen primär beim Bund und teilweise beim Kanton:

- **Strategische Risikoanalyse und -prognose** (z. B. sicherheitspolitische Lageanalysen, Gefährdungsbeurteilungen).
- **Rahmen und Leitlinien** für Bevölkerungsschutz, innere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit (zivil, militärisch, hybride Gefahren).
- **Nationale Koordination sicherheitsrelevanter Instrumente** einschliesslich Nachrichtendienste, Polizei, Katastrophenschutz und internationale Zusammenarbeit.
- **Übergeordnete Vorsorgekonzepte** wie Pflichtlager, Energie- und Versorgungssicherheit, Cyber-Abwehr sowie nationale Krisenführungsmechanismen.
- **Vorsorge- und Notfallpläne bei Gesundheitsrisiken** in Ausnahmesituationen (z. B. Massenanfall von Patient:innen bei Ereignissen von nationaler Bedeutung wie bei Anschlägen, Pandemien, Katastrophen oder bewaffneten Konflikten sowie spezifische Aufgaben bei Ereignissen mit chemischen, biologischen, radioaktiven, nuklearen und explosiven Stoffen)

Diese Aufgaben liegen in der strategischen Verantwortung von Bund und Kanton und setzen die staatliche Gesamtkoordination um, die in der Sicherheitspolitischen Strategie festgelegt ist.

Der Gemeinderat wird sich weiterhin aktiv mit der Weiterentwicklung des kommunalen Bevölkerungsschutzes befassen und steht in engem Austausch mit den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden, um sicherzustellen, dass die Gemeinde Köniz so gut wie möglich auf zukünftige Risiken vorbereitet ist.

Die Gemeinde Köniz führt ausserdem einen umfassenden Risikokatalog, der sämtliche Risiken für die gesamte Gemeinde erfasst und jährlich aktualisiert wird. Dieser Katalog dient als operative Grundlage für die Planung von Vorsorge- und Schutzmassnahmen auf kommunaler Ebene.

2. Frage 2: Wo sieht der Gemeinderat im Lichte der aktuellen Lage die dringlichsten und schwerwiegendsten Sicherheitsrisiken für Köniz – und welche konkreten Massnahmen schlägt er vor, um diese in seinem Verantwortungsbereich zeitnah zu minimieren?

Im Lichte der aktuellen sicherheitspolitischen Lage kann die Gemeinde Köniz mit einer Reihe von Risiken konfrontiert werden, welche in ihren Verantwortungsbereich fallen:

• **Versorgungsrisiken:**

Risiken:

- Lokale Unterbrüche der Wasserversorgung infolge vorsätzlicher äusserer Einwirkungen auf die Stromversorgung, z. B. durch Sabotage, Terrorismus oder Cyberangriffe
- Sabotagebedingte Verunreinigung der Trinkwasserversorgung mit schädlichen Stoffen

Massnahmen:

- Bei einem Stromunterbruch kann die Gemeinde Köniz während zwei bis drei Tagen mit Wasser aus den Reservoirs ohne Strom versorgt werden. Bei längerer Dauer werden dieselbetriebene Notstromaggregate zur Füllung der Reservoirs eingesetzt. Die Wasserversorgung der Haushalte sowie die Abwasserentsorgung erfolgen stromunabhängig über die Schwerkraft.
- Die Reservoirs sind bestmöglich gegen unbefugten Zutritt gesichert. Eine Verunreinigung des Trinkwassers würde nach kurzer Zeit von den automatischen Messeinrichtungen erkannt. Anschliessend würde eine Spülung der Leitungen erfolgen.

Beurteilung der Massnahmen:

Im Bereich der Wasserversorgung werden die bestehenden Massnahmen als ausreichend beurteilt.

- **Cyber- und Informationssicherheitsrisiken auf kommunaler Ebene:**

Risiken:

- Angriffe auf Verwaltungs-IT oder kommunale Dienste, die Betrieb und Kommunikation stören oder unterbrechen
- Netzeinbruch mit Datenabzug
- Cyberangriff während Wahlen oder Abstimmungen

Massnahmen:

- Regelmässige IT-Systemkontrollen: Das Informatikzentrum der Gemeinde Köniz überprüft kontinuierlich seine IT-Systeme, um Schwachstellen und potenzielle Angriffsflächen zu erkennen und zu beheben.
- Netzwerk- und Endgeräteschutz: Firewalls, Intrusion-Detection-Systeme sowie Antiviren- und Anti-Malware-Software werden eingesetzt, um Netzwerke und Geräte abzusichern.
- Mitarbeiterschulungen: Die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung werden regelmässig zu Phishing-Angriffen und Social-Engineering-Taktiken geschult und sensibilisiert.
- Sichere Authentifizierung: Eine moderne Passwort-Richtlinie wird umgesetzt und Zwei-Faktor-Authentisierung wird verwendet.
- Datensicherung: Wichtige Daten und Systeme werden regelmässig gesichert, um die Wiederherstellung im Falle eines Angriffs zu gewährleisten.
- Externe Unterstützung: Zusammenarbeit mit IT-Sicherheits-Expert:innen sowie Sicherheitsdienstleistern zur Prävention von Cyberangriffen.

Beurteilung der Massnahmen:

Die aktuellen Massnahmen zur Cyber- und Informationssicherheit gelten als angemessen. Das Informatikzentrum führt mindestens einmal jährlich eine Überprüfung durch und aktualisiert die Massnahmen entsprechend der aktuellen Bedrohungslage.

- **Öffentliche Sicherheit:**

Risiken:

- Grossflächiger Stromausfall über längere Dauer, verursacht durch gezielte Sabotage oder Angriffe auf die Energieversorgung
- Terroranschläge oder bewaffnete Angriffe, die Bevölkerung, Infrastruktur oder kritische Einrichtungen bedrohen
- Kriminalität (vorbehältlich der organisierten Kriminalität)
- Nuklearunfälle infolge gezielter Angriffe auf Kernkraftwerke oder nukleare Anlagen

Massnahmen:

- Die Organisation sowie die Rechte und Pflichten der Gemeinde Köniz im Zusammenhang mit Katastrophen und Notlagen im Gemeindegebiet sind in der Verordnung über Katastrophen und Notlagen (VKaNo; 521.10) geregelt. Der Gemeinderat verfügt zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen über diverse Organe (siehe dazu Art. 2 VKaNo). Insbesondere wurde das Gemeindeführungsorgan Köniz (GFO) geschaffen, welches bei einer Katastrophe Ausgaben- und Aufgebotskompetenzen durch den Gemeinderat erhält.
- Die Gemeinde Köniz bildet eine eigene Zivilschutzorganisation. Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Gemeinde im Zivilschutz sind in der Zivilschutzverordnung (521.01) geregelt. Die Schutzdienstpflichtigen werden unter anderem bei Katastrophen, in Notlagen, bei bewaffneten Konflikten und für Instandstellungsarbeiten aufgeboten.
- Gemäss Art. 60 Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (520.1) ist für jeden Einwohner und jede Einwohnerin ein Schutzplatz in einem Schutzraum in der Nähe des Wohnorts bereitzustellen. Die Gemeinde ist dafür verantwortlich, dass eine ausreichende Anzahl ausgerüsteter öffentlicher Schutzräume vorhanden ist und sorgt für den Unterhalt der gemeindeeigenen Räume (vgl. V2521 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Schutzräume und Schutzanlagen in Köniz").

- Kriminalität auf Gemeindeebene soll durch Prävention, Integration und eine bedarfsgerechte Raumentwicklung wirksam vorgebeugt werden (siehe Ziffer 1, Antwort zu Frage 1).

Beurteilung der Massnahmen:

Die getroffenen Massnahmen werden als angemessen beurteilt und bedürfen derzeit keiner Anpassung.

- 3. Frage 3: Sind die finanziellen, personellen und organisatorischen Mittel vorhanden, um die in Frage 2 identifizierten Risiken zeitnah und nachhaltig zu minimieren?
Falls nein: Wo bestehen konkrete Lücken und was müsste unternommen werden, um diese zu schliessen?**

Versorgungs-, Cyber- und Informationssicherheitsrisiken

Für Versorgungsrisiken sowie Cyber- und Informationssicherheitsrisiken auf kommunaler Ebene besteht derzeit kein zusätzlicher Handlungsbedarf. Die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen sind sichergestellt und budgetiert, die organisatorische Zuteilung ist festgelegt.

Öffentliche Sicherheit

Die vorhandenen Ressourcen im Bereich Zivilschutz, Feuerwehr und Polizei werden in der aktuellen Lage als ausreichend eingeschätzt. Um die zukünftigen Herausforderungen zum Schutz der Bevölkerung bewältigen zu können, optimiert die Feuerwehr Köniz ihre Organisation (Projekt Feuerwehr 2030). Im Bereich Zivilschutz erfüllt die Gemeinde mit der Zivilschutzorganisation Köniz (ZSO Köniz) die kantonalen Anforderungen bezüglich Personalbestands und Organisation. Eine engere Zusammenarbeit in der Region ist trotzdem wünschenswert.

- 4. Frage 4: Erhält die Gemeinde von den zuständigen kantonalen Behörden zeitgerecht ausreichende Unterstützung, um ihre sicherheitspolitischen Aufgaben im aktuellen Umfeld umfassend wahrzunehmen?
Falls nein: Weshalb nicht und in welchen Bereichen besteht verbesserter Unterstützungsbedarf und in welcher Art und Weise würde dieser benötigt?**

Der Gemeinderat schätzt die Unterstützung der kantonalen Behörden als ausreichenden ein. Die Abteilung Bevölkerungsschutz des Kantons Bern erstellt in periodischen Abständen für alle Gemeinden im Kanton Bern eine Gefährdungsanalyse. Bei der Erarbeitung dieser Gefährdungsanalyse werden die Gemeinden mit einbezogen.

Weiter unterstützt und koordiniert die Kantonale Einsatzzentrale Bern (KEZ) die Einsätze der Blaulichtorganisationen in der Region Bern.

Zudem ist die Gemeinde seit Anfang Jahr Mitglied, der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD). Die KDSS ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbandes und unterstützt den Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Sie vereint die für die Bereiche Polizei und Sicherheit zuständigen Mitglieder von Schweizer Stadtregierungen aus über 50 Schweizer Städten.

Köniz, 04.03.2026

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Verordnung über Katastrophen und Notlagen (VKaNo; 521.10)
- 2) Zivilschutzverordnung (521.01)

Verordnung über Katastrophen und Notlagen (VKaNo)

**3. September 2008
mit Änderungen bis 21. Juni 2017**

Chronologie

Erlass

Beschluss des Gemeinderats vom 3. September 2008; Inkrafttreten am 1. Oktober 2008 (siehe Art. 9 der Verordnung).

Änderungen

Änderung vom 8. Juli 2009 (Art. 4) durch Verwaltungsorganisationsverordnung vom 8. Juli 2009; Inkrafttreten am 1. Januar 2010 (siehe Art. 47 der Verwaltungsorganisationsverordnung vom 8. Juli 2009).

Änderung vom 16. November 2011 (Art. 4); Inkrafttreten am 1. Januar 2012 (siehe GRB 649/11 vom 16. November 2011).

Änderung vom 2. November 2016 (Art. 8); Inkrafttreten am 1. Januar 2017 (siehe GRB 609/16 vom 2. November 2016).

Änderung vom 21. Juni 2017 (Art. 1, 2, 3, 4, 7); Inkrafttreten am 1. August 2017 (siehe GRB 292/17 vom 21. Juni 2017).

Der Gemeinderat beschliesst gestützt auf Artikel 60 Buchstabe b der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 und das kantonale Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz vom 24. Juni 2004 (KBZG)¹ folgende

Verordnung über Katastrophen und Notlagen (VKaNo)

Art. 1²

- | | |
|------------|--|
| Gegenstand | 1 Diese Verordnung regelt die Organisation sowie die Rechte und Pflichten der Gemeinde Köniz im Zusammenhang mit Katastrophen und Notlagen im Gemeindegebiet. |
| Begriffe | 2 Katastrophen und Notlagen sind überraschend eintretende Ereignisse beziehungsweise unmittelbar drohende Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit oder soziale Notstände, die mit den für den Normalfall bestimmten Mitteln und Befugnissen allein nicht mehr bewältigt werden können. |
| Ziele | 3 Das Handeln bei Katastrophen und Notlagen wird nach folgenden Zielen ausgerichtet: <ul style="list-style-type: none">a) Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen;b) Wahrung der Handlungsfreiheit;c) Wiederherstellung geordneter Verhältnisse. |

Art. 2³

- | | |
|--------|--|
| Mittel | 1 Der Gemeinderat verfügt zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen insbesondere über <ul style="list-style-type: none">a) das Gemeindeführungsorgan Köniz (GFO),b) die Pikettdienste,c) die Gemeindeverwaltung und ihre Betriebe,d) die Polizeiorgane der Gemeinde,e) die Feuerwehr,f) die Zivilschutzorganisation (ZSO),g) die vom Kanton zugewiesenen Mittel, |
|--------|--|

¹ BSG 521.1

² Fassung vom 21. Juni 2017

³ Fassung vom 21. Juni 2017

- h) vertraglich verpflichtete private Institutionen und Einzelpersonen,
 - i) die Alarmstelle der Gemeinde.
- 2 Er kann bei den zuständigen Stellen Fachleute anfordern und einsetzen.

Art. 3

Gemeinderat

- 1 Der Gemeinderat *in der Vorbereitung*:
- a) lässt sich durch den Gemeindepräsidenten oder die Gemeindepräsidentin über den Stand der getroffenen Vorbereitungsmaßnahmen orientieren;
 - b) regelt vorsorglich durch einen Gemeinderatsbeschluss die Ausgaben- und Aufgebotskompetenzen des GFO in der Katastrophe oder Notlage;
 - c) entscheidet über weitere Anträge des GFO.
- 2 Der Gemeinderat *im Einsatz*:
- a) informiert die zuständige Regierungsstatthalterin oder den zuständigen Regierungsstatthalter und das kantonale Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär;⁴
 - b) besitzt für zeitlich dringend auszuführende Massnahmen bei Katastrophen und Notlagen die Ausgabenkompetenzen des Volks und des Parlaments.
- 3 Der Gemeinderat *in der Instandstellung*:
- a) nimmt Kenntnis vom Schlussbericht des GFO über den Einsatz und beschliesst über allfällige Anträge;
 - b) erstattet dem Parlament Bericht über die getroffenen Massnahmen und die Verwendung der Kredite.

Art. 4⁵

GFO
a) Ernennung
und Zusammen-
setzung

- 1 Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin ist Chef GFO/Chefin GFO. Der Vorsteher oder die Vorsteherin der Direktion Sicherheit und Liegenschaften ist Stellvertreter Chef GFO/Stellvertreterin Chefin GFO.
- 2 Der Gemeinderat ernennt den Stabschef oder die Stabschefin.
- 2bis Der Gemeinderat ernennt auf Antrag des Chef GFO oder der Chefin GFO die Leiterinnen und Leiter der Fachbereiche.

⁴ Fassung vom 21. Juni 2017

⁵ Fassung vom 21. Juni 2017; Absatz 5 aufgehoben am 21. Juni 2017

2ter Folgende Personen und Fachbereiche sind im GFO vertreten:

- a) der Gemeindeschreiber oder die Gemeindeschreiberin (Stab des Gemeindepräsidenten);
- b) der Leiter oder die Leiterin Kommunikation (Stab des Gemeindepräsidenten);
- c) ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin der Gemeindeverwaltung mit Führungs- oder Stabs Erfahrung (Stabschef-Stellvertreter/-in);
- d) ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin der Direktion Präsidiales und Finanzen (Dienstchef/-in Stabsdienste);
- e) der Kommandant oder die Kommandantin der Feuerwehr (Dienstchef/-in Feuerwehr);
- f) der Kommandant oder die Kommandantin der Zivilschutzorganisation (Dienstchef/-in Zivilschutz);
- g) ein Mitarbeitender/eine Mitarbeiterin der Direktion Planung und Verkehr oder der Direktion Umwelt und Betriebe (Dienstchef/-in Werke/Logistik);
- h) ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin der Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport (Dienstchef/-in Sanität).
- i) ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin der Direktion Umwelt und Betriebe (Naturgefahrenberater/-in).

3 Der Gemeinderat kann auf Antrag des GFO weitere Mitglieder wählen.

4 Die Stellvertretungen der einzelnen Dienstchefs und Dienstchefinnen werden durch letztere nominiert und durch den Stabschef oder die Stabschefin ernannt.

5 ...

Art. 5

b) Aufgaben und Kompetenzen

1 Das GFO unterstützt den Gemeinderat bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen.

2 Für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen sowie der hierzu notwendigen Vorbereitungs massnahmen unterstellt der Gemeinderat dem GFO die Einsatzkräfte gemäss Artikel 2.

3 Für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen ermächtigt der Gemeinderat das GFO, Verträge mit Dritten abzuschliessen.

4 Für die Überprüfung der Einsatzbereitschaft kann das GFO jederzeit Übungen mit den Einsatzkräften durchführen.

Art. 6Gesamt-
einsatzleitung

Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin ernennt die Gesamteinsatzleitung und erteilt ihr die erforderlichen Aufträge.

Art. 7Einberufung
des GFO und
der Einsatzkräfte

- 1 Einberufen wird das GFO durch
 - a) die Feuerwehr,
 - b) eines seiner Mitglieder oder
 - c) den Gemeinderat.
- 2 Die Abteilung Sicherheit ist in Zusammenarbeit mit dem Stabschef oder der Stabschefin verantwortlich für die Alarmierung gemäss Artikel 14 KBZG.⁶
- 3 Das GFO bietet die benötigten Einsatzkräfte ereignisbezogen und modulartig auf.

Art. 8⁷Verwaltungs-
abteilungen

- 1 Das GFO instruiert die Abteilungen über ihre Aufgaben in einer Katastrophe oder Notlage und überprüft die getroffenen Vorbereitungsmaßnahmen.
- 2 Die Abteilungsleitungen sind verantwortlich für
 - a) die Erfüllung der den Abteilungen im Rahmen dieser Verordnung durch das GFO erteilten Aufträge;
 - b) die Stellvertretungen innerhalb ihrer Abteilung;
 - c) die Aufnahme der Aufgaben im Sinne dieser Verordnung in die Pflichtenhefte der betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.
- 3 Die Direktion Präsidiales und Finanzen in Zusammenarbeit mit dem Stabschef/der Stabschefin GFO ist für die Bereitstellung der Mittel im Budget verantwortlich.

⁶ Fassung vom 21. Juni 2017

⁷ Fassung vom 2. November 2016

Art. 9

Schluss-
bestimmung

- ¹ Die Verordnung über ausserordentliche Lagen vom 20. Dezember 2000 wird aufgehoben.
- ² Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2008 in Kraft.

Köniz, 3. September 2008

Im Namen des Gemeinderates

Der Gemeindepräsident

Die Gemeindeschreiberin

Luc Mentha

Beatrice Zbinden

Zivilschutzverordnung

**4. November 2009
mit Änderungen bis 10. März 2022**

Chronologie

Beschluss des Gemeinderats vom 4. November 2009; Inkrafttreten am 1. Januar 2010 (siehe Art. 15 der Verordnung).

Änderung vom 10. März 2022 (Art. 10); Inkrafttreten am 1. April 2022 (siehe GRB 2022/119 vom 10. März 2022).

Der Gemeinderat beschliesst gestützt auf das kantonale Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz (KBZG) vom 24. Juni 2004, die kantonale Verordnung über den Zivilschutz (KZSV) vom 27. Oktober 2006 sowie Art. 60 Bst. m der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 folgende

Zivilschutzverordnung

I. Grundsätze und Organisation

Art. 1

Zweck

Diese Verordnung regelt die Aufgaben und Zuständigkeiten der Gemeinde im Zivilschutz.

Art. 2

Aufgebot

Die Schutzdienstpflichtigen können aufgeboten werden

- a) bei Katastrophen und in Notlagen,
- b) für Instandstellungsarbeiten,
- c) für Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft.

Art. 3

Zuständigkeiten

Die Gemeindeaufgaben im Zivilschutz werden erfüllt durch:

- a) Die Zivilschutzorganisation,
- b) die Zivilschutzstelle,
- c) den Gemeinderat.

Art. 4

Zivilschutz-
organisation

- 1 Die Gemeinde Köniz bildet eine eigene Zivilschutzorganisation.
- 2 Der Gemeinderat kann die Zusammenlegung oder die Zusammenarbeit mit Zivilschutzorganisationen anderer Gemeinden nach Anhörung des Amts für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär des Kantons Bern beschliessen.

Art. 5

Aus- und Weiter-
bildung

Die Zivilschutzorganisation führt die Aus- und Weiterbildungen für die Schutzdienstpflichtigen im Regionalen Ausbildungszentrum Köniz durch.

II. Aufgaben und Zuständigkeiten

Art. 6

Gemeinderat

- 1 Der Gemeinderat vollzieht die ihm von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben des Zivilschutzes. Er übt die Aufsicht über sämtliche Tätigkeiten im Zivilschutz aus.
- 2 Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Die Wahl
 - aa) der Kommandantin oder des Kommandanten der Zivilschutzorganisation sowie einer oder mehrerer Stellvertretungen;
 - bb) der Leiterin oder des Leiters der Zivilschutzstelle.
 - b) Die Genehmigung eines Pflichtenheftes für die Kommandantin oder den Kommandanten der Zivilschutzorganisation sowie deren Stellvertretungen.
 - c) Die Genehmigung des Leistungsauftrags für die Zivilschutzorganisation.
 - d) Die Genehmigung der Verzeichnisse über die Kulturgüter von lokaler Bedeutung.
 - e) Das Aufgebot der Schutzdienstpflichtigen
 - aa) bei Katastrophen und in Notlagen,
 - bb) für Instandstellungsarbeiten,
 - cc) für Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft.Der Gemeinderat kann diese Zuständigkeit delegieren.
 - f) Einreichung von Gesuchen an die zuständigen Instanzen
 - aa) für die Erstellung, Änderung, Erneuerung, Ausrüstung und Aufhebung von öffentlichen Schutzräumen und Anlagen;
 - bb) für den Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. c.
 - g) Anzeigeerstattung bei Widerhandlungen gegen diese Verordnung.
 - h) Beschlussfassung
 - aa) über die Erstellung der durch die zuständigen Instanzen bewilligten Zivilschutzbauten.
 - bb) über die Entschädigung für die Kommandantin oder den Kommandanten der Zivilschutzorganisation, deren Stellvertretungen und die Fachbereichsverantwortlichen.

Art. 7

Kommandantin
oder Komman-
dant der
Zivilschutz-
organisation

- 1 Die Kommandantin oder der Kommandant der Zivilschutzorganisation führt die Zivilschutzorganisation und ist für die gesamten Zivilschutzbelange gegenüber dem Gemeinderat verantwortlich.
- 2 Sie oder er ist für die Vorprüfung und Antragstellung in all jenen Belangen zuständig, deren Entscheid in der Kompetenz des Gemeinderates oder höherer Instanzen liegt.
- 3 Sie oder er ist zuständig für den Erlass der Pflichtenhefte für die Fachbereichsverantwortlichen.
- 4 Sie oder er ist zuständig für den Erlass von Verfügungen, soweit nicht diese Verordnung oder besondere Erlasse andere Organe bezeichnen.

Art. 8

Zivilschutzstelle

- 1 Die Zivilschutzstelle vollzieht die administrativen Aufgaben des Zivilschutzes, soweit sie nicht einer anderen Instanz zugewiesen sind.
- 2 Die Aufgaben der Zivilschutzstelle ergeben sich aus deren Stellenbeschreibungen sowie aus den Vorschriften von Bund, Kanton und den Weisungen des Regionalen Ausbildungszentrums.

III. Bauliche Massnahmen**Art. 9**

Privater Schutz-
raumbau

- 1 Für den Vollzug der den Gemeinden obliegenden baulichen Massnahmen im privaten Schutzraumbau ist das Bauinspektorat zuständig. Es hat dazu die Stellungnahme der Zivilschutzorganisation einzuholen.
- 2 Das Abnahmeprotokoll jedes Schutzraums ist der Zivilschutzorganisation für die Zuweisungsplanung zuzustellen.
- 3 Die Höhe der Ersatzabgaben bei einer Befreiung von der Schutzraumbaupflicht richtet sich nach den kantonalen Vorgaben und wird vom Bauinspektorat festgelegt.
- 4 Das Bauinspektorat unterstützt die Zivilschutzorganisation bei den periodischen Schutzraumkontrollen in fachlicher Hinsicht.

Anlagen und
Einrichtungen
der Zivilschutz-
organisation

Art. 10¹

Die Abteilung Immobilien ist zuständig für die fach- und vorschriftsgemässe Erstellung der bewilligten Anlagen und Einrichtungen sowie für die Erneuerungen der bestehenden Zivilschutzbauten.

IV. Kontrollwesen

Art. 11

Verfahren

- 1 Das Verfahren im Kontrollwesen richtet sich nach den kantonalen Vorschriften.
- 2 Die Einwohnerdienste melden der Zivilschutzstelle laufend die Mutationen.

V. Haftung und Rechtspflege

Art. 12

Haftpflcht

- 1 Die Haftung der Gemeinde richtet sich nach Art. 60 ff. des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG)².
- 2 Die Gemeinde hat eine entsprechende Haftpflchtversicherung abzuschliessen.

Art. 13

Rechtspflege

Gegen Verfügungen der Kommandantin oder des Kommandanten der Zivilschutzorganisation kann innert 30 Tagen beim Gemeinderat Beschwerde eingereicht werden.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 14

Aufhebung von
Erlassen

Die Sold- und Entschädigungsordnung für den Zivilschutz vom 14. März 1990 wird aufgehoben.

Art. 15

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

¹ Fassung vom 10. März 2022

² SR 520.1

Köniz, 4. November 2009

Im Namen des Gemeinderates

Der Gemeindepräsident

Die Gemeindeschreiberin

Luc Mentha

Beatrice Zbinden